

DU

DEUTSCHLAND

NATURSCHUTZ

Kompensation von Flächenversiegelungen mangelhaft

FREIBURG IM BREISGAU. Deutliche Mängel bei der Kompensation von Flächenversiegelungen durch die Kommunen hat eine Untersuchung der Universität Freiburg aufgedeckt. Wie die Hochschule berichtete, kommen die Gemeinden nur bei etwa 70 % der Vorhaben dem geltenden Recht nach. Übergeordnete naturschutzfachliche Qualitätsziele, die mehrheitlich ebenfalls rechtlich erforderlich seien, würden zudem nur „in ganz wenigen Fällen“ effektiv erfüllt. Die Wissenschaftler werten ihre Ergebnisse als Hinweise auf ein grundlegendes Problem und als Indiz dafür, dass die Eingriffs-Ausgleichsregelung in Deutschland häufig nicht die juristischen und naturschutzfachlichen Anforderungen erfüllt, „weil die Verursacher des Baueingriffs ihr nicht adäquat nachkommen“. Laut den Forschern ist die Ausdehnung der Siedlungs- und Verkehrsfläche eine wesentliche Ursache für den Verlust an Biodiversität. Die unvollständig umgesetzte Gesetzeslage füge sich in ein „gesamtdeutsches Bild“. Abhilfe könnte nach Ansicht der Forscher eine zentrale Plattform schaffen, auf der alle Planungen und Ergebnisse des Ausgleichsverfahrens in Bürgersprache

zugänglich sein sollten. Zudem müsse umgehend mit einer regelmäßigen Überprüfung der Ausgleichsmaßnahmen begonnen werden, denn bisher fehle jegliche Kontrollinstanz. Deutlich seltener müsste nach Ansicht der Wissenschaftler das beschleunigte Verfahren bei Baumaßnahmen angewendet werden, bei denen es keine Ausgleichsverpflichtungen gibt. Durch diese neue Regelung sei die Flächenmobilisierung der Kommunen zwar erheblich erleichtert worden; aus Sicht des Ressourcenschutzes und zukünftiger Generationen gehe eine solche Aufweichung der Eingriffs-Ausgleichsregelung aber in die „absolut falsche Richtung“. Nach neuesten Erkenntnissen finde diese erleichterte Flächenmobilisierung primär nicht in Ballungsgebieten mit Wohnungsnot statt, sondern begünstige mehrheitlich Einzelhäuser-Siedlungen in dörflichen Strukturen. Für ihre Studie untersuchten die Forscher am Beispiel von neun Gemeinden in Südbaden, welche baurechtlichen Ausgleichsmaßnahmen in den Jahren 2007 bis 2017 erfolgreich umgesetzt wurden und bewerteten diese mit Blick auf den Naturschutz. AgE

DEUTSCHLAND

NATURSCHUTZ

Biotopverbund Grasland offizielles Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt

WILDESHAUSEN. Das vom Grünlandzentrum Niedersachsen/Bremen koordinierte und gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, der Universität Oldenburg und dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) Oldenburger Land umgesetzte Projekt „Biotopverbund Grasland“ ist als offizielles Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt ausgezeichnet worden. Damit zählt der Biotopverbund zu den vorbildlichen Projekten, die sich in besonderer Weise für die Erhaltung der biologischen Vielfalt in Deutschland einsetzen. Die feierliche Würdigung übernahm Niedersachsens Umweltminister **Olaf Lies** am Montag vergangener Woche (19.8.) im Rahmen des vom Grünlandzentrum veranstalteten Fachforums „Biodiversität“ in Wildeshausen. Lies hob hervor, dass die Grünlandregionen in Niedersachsen im Verlauf einer seit Jahrhunderten bewährten, naturnahen Bewirtschaftung durch Weidehaltung entstanden seien. Es

gelte, diese Kulturlandschaft mit ihren vielfältigen Funktionen für die Erhaltung der Biodiversität der dort beheimateten Pflanzen und Tiere, aber auch für den Tourismus und als Wirtschaftsstandort zu bewahren. Deshalb müssten Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Fortbestand des naturnahen Grünlandes und seiner Artenvielfalt sowie beispielsweise auch seine Eigenschaft als Speicher von Treibhausgasen langfristig sicherten. Nach Angaben der Landwirtschaftskammer Niedersachsen wurde das Forschungsprojekt „Biotopverbund Grasland“ im Oktober 2017 gestartet, um dem zunehmenden Artenverlust auf Wiesen, Weiden und Wegsäumen entgegenzuwirken. Es laufe noch bis Januar 2021 und werde von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) mit 250 000 Euro fachlich und finanziell gefördert. Die Besonderheit des Projekts sei der kooperative Ansatz. AgE

DEUTSCHLAND

NATURSCHUTZ

Blühflächen bieten als ökologisches Netz Nahrung und Deckung

HANNOVER. Auf das Engagement der Landwirte für die ökologische Vielfalt hat das Landvolk Niedersachsen hingewiesen. Überall im Land hätten Landwirte auf Teilen ihrer Felder spezielle Blümmischungen ausgesät, um Insekten wie verschiedenen Bienenarten, Hummeln, Schmetterlingen und Schwebfliegen Nahrungspflanzen anzubieten, berichtete der Vorsitzende des Umweltausschusses beim Landesvolkverband, **Dr. Holger Hennies**, am Montag vergangener Woche (19.8.) in Hannover. Die Anlage von Blühstreifen, Honigweiden und Wildkrautwiesen steigere die Biodiversität und mache zugleich die Agrarlandschaft deutlich bunter. Auch Niederwild wie Hase, Fasan oder Rebhuhn und viele Vögel profitierten von diesen bunten Flächen. Gerade jetzt nach der Ernte knüpften die Landwirte ein ökologisches Netz, in dem

die heimische Fauna Nahrung und Deckung finden könne, hob Hennies hervor. Einige Blühflächen seien auch zweier- oder mehrjährig angelegt, damit sie in den Wintermonaten ebenfalls als Lebensraum von wildlebenden Tieren genutzt werden könnten. Nicht nur auf Ökologischen Vorrangflächen (ÖVF), sondern auch mit unzähligen freiwilligen Aktionen engagierten sich Niedersachsens Landwirte für den Artenschutz und hätten dazu auch spezielle Blümmischungen entwickelt, jeweils angepasst an ihre Region, so der Ausschussvorsitzende. So wolle beispielsweise das Ammerländer Landvolk gerade seine Blümmischung optimieren und habe dazu die Universität Lüneburg gebeten, die Auswirkung der verschiedenen Mischungen auf die Pflanzen- und Tierwelt zu bewerten. AgE